



Michael Klösener (l.) und Andreas Klüe aus dem Vorstand der Energiegenossenschaft Herbram-Wald vor der vollautomatischen Holzhackschnittelfeuerungsanlage, die das Kernstück der Wärmeerzeugung für den Ort ist. Foto: Uwe Müller

## Auf dem Weg zum energieautarken Dorf

Herbram-Wald könnte bald unabhängig von fossilen Brennstoffen sein. Ein Ort in Brandenburg ist es bereits. Wie das funktioniert, wer die Ideen hat und was die weiteren Pläne sind.

Uwe Müller

■ **Lichtenau-Herbram-Wald.** Feldheim ist ein kleines Dorf in Brandenburg mit gerade einmal 130 Einwohnern. Tiefste Provinz könnte man sagen. Aber aktuell ist dieser Ort, einer der wenigen in Deutschland, in dem sich die Bevölkerung keine Sorgen um die hohen Energiekosten machen muss. Denn Feldheim ist energieautark und versorgt sich selbst mit einem Strom- und Wärmenetz. Windkraftanlagen, eine Biogasanlage, eine Hackschnitzelheizung und ein Solarpark bringen die Energie. Aber auch im Kreis Paderborn gibt es ein sehr kleines Dorf, das ähnlich gut aufgestellt ist wie das brandenburgische. Herbram-Wald ist nicht weit davon entfernt, auch energieautark zu sein.

In Herbram-Wald sind etwas über die Hälfte aller Häuser am eigenem Wärmenetz angeschlossen und zudem werden sie mit sehr günstigem Strom beliefert. Und das Besondere: alles läuft ehrenamtlich im kleinsten Dorf der Stadt Lichtenau. „Als wir 1996 nach Herbram-Wald gezogen sind, gab es hier nur Heizöl, Flüssiggas und natürlich Strom – Erdgas war nicht möglich“, sagt Michael Klösener. „Das große Tanklager im Keller nervte mich, das war toter Raum.“ Durch einen Zufall hatte der Versicherungskaufmann Kon-

takt zu der Firma Heizomat und schon reifte die Idee, ein energetisches Konzept für den Ort zu entwickeln. Daraus ist 2012 die Energiegenossenschaft Herbram-Wald entstanden, deren Vorsitzender Klösener ist. „Wenn sich die restlichen Häuser aus Herbram-Wald an unser Nahwärmenetz anschließen würden, dann wären wir bei der Wärmeerzeugung schon autark“, erklärt Klösener, der auch Fraktionsvorsitzender der CDU in Lichtenau ist. Einige Bürgerinnen und Bürger vertrauten der neuen Technologie noch nicht und setzten nach wie vor auf Öl. „Manche meinen auch, dass eine Luftwärmepumpe besser ist. Das ist sie aber nicht,

denn in unserem Ort ist es nicht immer über drei Grad“, so Klösener. Aber durch die aktuelle Energiekrise sei die Nachfrage nun wieder gestiegen und man rechne mit ein paar neuen Anschlüssen. Die 2.200 Meter Nahwärmeleitung liege im ganzen Ort.

### Holz ist 50 Prozent günstiger als Heizöl

Im Schnitt zahlen diejenigen, die an das Netz angeschlossen sind, nur 10 Cent pro Kilowattstunde. Das sei rund 50 Prozent günstiger als Öl. „Weil die Kosten für Holzhackschnittel stabil bleiben, können wir den Preis auch hal-

ten“, sagt der Vorstandsvorsitzende. Mit den Holzhackschnitteln wird das Kernstück der Wärmeerzeugung, eine vollautomatische Holzhackschnittelfeuerungsanlage, gefüttert. Da Nachhaltigkeit für die Energiegenossenschaft sehr wichtig ist, wird das dafür benötigte Holz nur aus der Umgebung geholt. Und auch die Entsorgung der Holzasche, rund 30 Kubikmeter pro Jahr, kommt der Umwelt zugute. Die Asche wird mit Miststreuern bei Asseln auf die Felder gebracht.

Bei der Stromversorgung geht die Energiegenossenschaft einen anderen Weg. „Theoretisch könnten wir auch schon morgen das Stromnetz

hier übernehmen, aber das ist leider nicht erlaubt. Strom dürfen wir nicht betreiben“, sagt Andreas Klüe, der im Vorstand der absolute Fachmann für Photovoltaikanlagen ist. Dank einer PV-Anlage mit Solarstromspeicher über dem Heizwerk kann der Eigenverbrauch der Genossenschaft gedeckt werden. Den Einwohnern in Herbram-Wald bietet die Genossenschaft PV-Anlagen zur Pacht an. Die Einspeisevergütung geht dabei an die Genossenschaft und der Kunde bekommt den günstigen Strom für aktuell um die 22 Cent. Ganz so weit wie das Dorf in Brandenburg ist Herbram-Wald noch nicht, „aber das Modell ist vorbildlich. Und solche Orte wird es sukzessive immer mehr geben“, wie auch Günter Voß, Klimaschutzbeauftragter der Stadt Lichtenau und Mitglied des Aufsichtsrats der Genossenschaft, anmerkt. Das Konzept mit dem Nahwärmenetz könne auch auf größere Orte angewandt werden, wie Klösener erklärt. „Da benötigt man nur größere Heizkessel. Man kann dann auch Städte mit Wärme versorgen. Wichtig ist aber, dass die Infrastruktur steht.“ Als Beispiele nennt er Bruneck aus Tirol, das schon zu 90 Prozent am Netz hänge, und auch die Stadt Bozen, etwa so groß wie Paderborn, die bald ähnlich gut aufgestellt sei.

### Testlabor und Tinyhouse-Siedlung sind in Planung

■ Das komplette Konzept für Herbram-Wald gibt es auch im Kleinformat. Klüe und Klösener haben ein Start-up gegründet und bieten in einem Container alles kompakt an – inklusive Heizkessel. „Das ist eine ideale Lösung für Aussiedlerhöfe. Ein Beispiel ist die Gärtnerei Tofall in Bad Lippspringe. Dort haben wir 1:1 die Versorgung für Herbram-Wald in Klein gebaut“, erklärt Klüe. Und sie planen weiter. Auf dem Grundstück unterhalb der

Hallen der Genossenschaft sollen mobile Chalets nach dem Prinzip der Tiny Häuser entstehen. Platz wäre für sechs dieser Wohnungen, die auch als Büros genutzt werden können. In dieser kleinen Siedlung soll regenerative Energie gebündelt werden. Alle Häuser haben eine PV-Anlage und sind miteinander vernetzt. „Ein Haus, das gerade keinen Strom verbraucht, speist ihn in ein anderes ein“, erklärt Klösener. Versuchsweise soll auch die Warm-

wasseraufbereitung mit Gleichstrom aus den PV-Anlagen betrieben werden. „Dann ist kein anderes Netz mehr nötig und man speist sogar noch Strom ein. Das ist 100-prozentige Autarkie“, so der Vorsitzende. Zudem soll auf dem Hof der Genossenschaft ein Testlabor für PV-Repowering entstehen. Andreas Klüe, Projektmanager für PV-Anlagen, sieht darin große Chancen, denn solche Labore gebe es nur in Aachen und Hannover.

## Stadt muss doppelt so viel für Strom und Gas zahlen

Der Haushalt in Bad Lippspringe wird nicht nur durch die steigenden Energiekosten stark belastet. Auch die Asylleistungen für Ukrainer sind höher geworden.

Klaus Karenfeld

■ **Bad Lippspringe.** Als der Haushalt 2022 im Februar durch den Bad Lippspringer Rat verabschiedet wurde, sah die Welt noch komplett anders. Es gab noch keinen Krieg in der Ukraine, die Preise waren moderat und die Inflation ebenso. Das hat sich in den vergangenen sechs Monaten gründlich geändert. Kämmerer Till Kreymeyer und sein Team sehen sich vor schwer kalkulierbare, finanzielle Aufgaben und Herausforderungen gestellt. Im Stadtrat gab er jetzt einen aktuellen Sachstandsbericht zur Haushaltsentwicklung in Bad Lippspringe.

Wie überall bundesweit sind auch in Bad Lippspringe die Energiepreise förmlich explodiert. Kreymeyer geht in seiner aktuellen Prognose davon aus, dass sich 2022 die städtischen Aufwendungen für Gas und Strom gegenüber dem ursprünglichen Ansatz fast verdoppeln werden. Und zwar von 640.000 Euro auf 1,16 Millionen Euro.

Und auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat Folgen. 275 Flüchtlinge aus dem osteuropäischen Land leben aktuell in Bad Lippspringe. Die Stadt kommt zum einen für die notwendigen Asylleistungen auf, die Kreymeyer für 2022 mit immerhin 1,5 Millionen Euro bezifferte. Im ur-

sprünglichen Haushaltsansatz war die Kämmererei noch von einem Betrag von 889.000 Euro ausgegangen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Gegenzug angekündigt, sein Erstattungsvolumen deutlich anzuheben. Und zwar für Bad Lippspringe von 415.000 Euro auf eine Millionen Euro.

Der Blick auf den Ergebnishaushalt fällt dagegen aus Sicht der Stadt insgesamt erfreulich aus. Durch den Verkauf von Gewerbestücken am Kalli-Gaulke-Weg flossen mittlerweile 326.000 Euro zusätzlich in die Stadtkasse. Ein Plus erwartet Kreymeyer auch bei den Einnahmen aus Verwarn- und Bußgeldern sowie bei den Kon-

zessionsabgaben für Strom, Wasser und Gas.

Kaum Veränderungen zum ursprünglichen Haushaltsansatz sieht Kreymeyer bei den Einnahmen aus der Grund- und Gewerbesteuer. Beim Familienleistungsausgleich sieht die Kämmererei eine größere Abweichung zum ursprünglichen Ansatz. Demzufolge darf die Stadtkasse mit zusätzlichen Zuweisungen von 137.000 Euro rechnen.

In dem im Februar vom Rat verabschiedeten Haushalt war die Stadt noch von einem negativen Jahresergebnis von 1,78 Millionen Euro ausgegangen. Nach dem aktuellen Stand der Prognosen – das ein Minus von 1,75 Millionen ausweist – dürf-

te sich daran wenig ändern. Kreymeyer betonte in diesem Zusammenhang aber auch, dass der weitere Fortgang des Ukraine-Krieges und auch die anhaltende Energiekrise alle Prognosen noch einmal kräftig durcheinander wirbeln könnten. Und noch etwas war dem Kämmerer wichtig zu betonen: „Aktuell werden keine Kassenkredite zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen.“ Das gelte im Übrigen auch für die ursprünglich vorgesehene Kreditaufnahme für Investitionen in Höhe von 6,8 Millionen Euro. Sie muss voraussichtlich nicht in Anspruch genommen werden, da sich einige Investitionen in das kommende Jahr verschieben.

## Hövelhof will Straßenlaternen erneuern

Die CDU-Fraktion hält „wegen der absehbaren Energiekrise“ eine zügige Umsetzung für ratsam.

■ **Hövelhof (br).** Die Kommunalpolitiker im Hövelhofer Gemeinderat sind sich einig, dass sie im Jahr 2023 die Erneuerung der öffentlichen Straßenbeleuchtung umsetzen möchten.

In der Sitzung am Donnerstagabend beauftragen sie die Verwaltung, dafür Mittel in der kommenden Haushaltsplanung, über die im November beraten wird, zu berücksichtigen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Udo Neisens stellte einen entsprechenden Antrag vor, in dem es um die zügige Umsetzung der im Jahr 2010 anvisierten Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts geht.

„Die notwendigen Maßnah-

men wurden in den letzten Jahren nach und nach umgesetzt, sind aber noch nicht abgeschlossen. Wegen der absehbaren Energiekrise ist eine Beschleunigung ratsam“, erläuterte Neisens.

Der FDP-Ortsverbandsvorsitzende Benjamin Sandbothe stellte spontan ein weiteres Anliegen vor, dass in die Beschlussfassung aufgenommen wurde. Die Liberalen richteten die Anfrage an die Verwaltung, die Möglichkeit von partiellen Abschaltungen bei den neuen Beleuchtungen zu prüfen. Als Beispiele nannten sie, dass nur jede zweite Straßenlaterne leuchtet oder die Zeiten der Beleuchtungen frei wählbar sind.

## Volksbank baut neue Filiale in Nordborchen

Die Volksbank Elsen-Wewer-Borchen erwirbt das Grundstück an der Mühlenbreite.

■ **Borchen-Nordborchen.** In Zeiten, in denen immer mehr auf Online-Banking gesetzt wird, Filialen geschlossen und Geldautomaten abgebaut werden, ist es ein Bekenntnis zum Standort Borchen und eine Investition in die Zukunft der Volksbank Elsen-Wewer-Borchen. In der Mühlenbreite in Nordborchen wird sie eine neue Filiale errichten, heißt es in einer Pressemitteilung der Volksbank.

„Wir haben immer betont, dass wir unsere Filialstruktur bedarfsgerecht entwickeln. Dazu gehört einerseits, der wachsenden Nachfrage nach Online-Banking durch technische Investitionen und leistungsfähige Angebote zu genügen. Dazu gehört aber auch, für den zunehmenden Bedarf an umfassender persönlicher Beratung einen Filialstandort zu schaffen, der modernsten Standards entspricht.“ So beschreibt Volksbankvorstand Hartmut Lütther die strategischen Überlegungen hinter dieser Entscheidung der Volksbank. Mit dem Erwerb des Grundstücks sei jetzt der erste Schritt erfolgt. Für die Bebaubarkeit des Grundstücks ist zunächst die Durchführung eines Bauleitplanverfahrens durch die Gemeinde Borchen erforderlich. Ein entsprechender Aufstellungsbeschluss soll hierzu in Kürze durch den Rat

der Gemeinde gefasst werden. Im Anschluss ist vorgesehen, dass das vorhandene Bestandsgebäude in diesem Bereich abgerissen werden soll und an dem Standort die neue Filiale errichtet wird.

Der Neubau soll dann 2024 beginnen. „Natürlich sind Zeitpläne angesichts der derzeitigen Lieferengpässe in der Baubranche mit Fragezeichen zu versehen. Doch wir werden ausschließlich mit Unternehmen aus unserer Region zusammenarbeiten, so dass wir auf eine gute und verlässliche Zusammenarbeit setzen“, erläutert Lütther.

Entstehen soll eine moderne Filiale, die allen aktuellen Erfordernissen hinsichtlich Technik und Sicherheit entsprechen werde. Zudem werde es für alle Eiligen nach Muster der Drive-Ins von Fastfood-Ketten ein „Cash to Go“-Angebot geben, bei dem Kunden aus dem Auto heraus fast schon im Vorbeifahren Bargeld abheben können.

Noch offen sei die Frage, was mit dem bestehenden Standort in Borchen geschieht. Lütther: „Aktuell prüfen wir verschiedene Optionen und werden diese mit der Gemeinde sowie den verantwortlichen Behörden diskutieren. Das alles geschieht im Bewusstsein unserer Verantwortung für unsere Region.“



Bernhard Hartmann, Vorsitzender des Aufsichtsrates (l.), Verkäufer Alexander Widerspan (Mitte) und Volksbankvorstand Hartmut Lütther zeigen die Flurkarte. Dort soll die neue Filiale bald entstehen.

Foto: Thorsten Hennig

### Ihr Draht zur Neuen Westfälischen

Aboservice: (0521) 555-888 Lokalredaktion: (05251) 29 99 50  
Anzeigenservice: (0521) 555-333 Fax Redaktion: (05251) 29 99 65  
Kartenvorverkauf: (0521) 555-444

E-Mail: paderborn@nw.de

Uwe Müller (um) 29 99-57 Jens Reddeker (red) 29 99-55